Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 40 Pfg.; durch die Post 2 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in einer Theilausgabe Abends und Morgens zugestellt.

Für Schäden eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß:
Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Telegramm-Adresse:
Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Haupt-Geschäftsstelle:
Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.
Die Annahme von Ankündigungen erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle und den Nebenannahmestellen in Dresden bis Nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 60 Pfg.
In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bis 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bis 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif.

Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.

Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

R. Beyer, Papier-Gross-Handlung.
Dresden-A. Am See 16 L.
Reichstes Lager aller Arten Papiere, Pappen etc. für eligen Bedarf.
Alle Anfertigungen mustergemäss prompt und billigst! Um Einholung von Offerten und Kalkulationen wird gebeten.
Billigste Preise. — Tadellose und schnellste Lieferung.

„APENTA"
Das Beste Ofener Bitterwasser.

Reinh. Leupolt, Gummi-Werk Kemnitz
LEUPOLITH
vorzüglichste Dichtungsplatte für überhitzten Dampf.
Contor, Lager: DRESDEN-A., Wettinerstrasse No. 26.

Artikel zur Krankenpflege nach bewährter von der allgemeinen Handelswaare wesentlich abweichender Eigenconstruktion hergestellt empfiehlt unter Zusicherung besonderer Vergünstigungen an Privatkliniken und Krankenhausverwaltungen
Carl Wendschuch, Königlich Sächs. Hoflieferant, **Struvestrasse 11.**

Nr. 56. Spiegel: Italienische Ministerkrisis. Hofnachrichten. Landtag Eisenbahnschutzwagen, Denkmälerschutz, Deutschthum in Palästina, Gerichtsverhandlungen. Kammermusikabend. | Muthmaßl. Witterung: **Heiteres Frostwetter.** | **Mittwoch, 26. Februar 1902.**

Die italienische Ministerkrisis.

In ihrer unmittelbaren Veranlassung stellt die italienische Ministerkrisis eine außergewöhnliche Erscheinung dar. In streng parlamentarisch regierten Staaten, zu denen das appenninische Königreich gehört, erfolgt in der Regel der Rücktritt eines Kabinets, wenn die Kammermehrheit die ausdrücklich gestellte Vertrauensfrage verneint oder sich bei der Abstimmung über eine grundsätzlich wichtige Angelegenheit gegen die Regierungspolitik ausspricht. Ein solcher Fall lag diesmal nicht vor. Die Demission des Ministeriums Zanardelli-Giolitti erfolgte, was wohl kaum jemals vorgekommen sein dürfte, sofort nach der Eröffnung der Parlamentstagung, bevor überhaupt in die materielle Behandlung der Regierungspolitik eingetreten werden konnte. Die Vorgänge, die sich bei der Wahl des neuen Kammerpräsidenten abspielten, faßten Zanardelli und Genossen als eine gegen das Kabinet gerichtete Kundgebung auf. Bei dem ersten Wahlgange erhielt der der Regierung genehme frühere Kammerpräsident Villa von den abgegebenen 292 Stimmen nicht die absolute Majorität: nur 142 vereinigten sich auf ihn, während 120 Stimmzettel unbeschrieben blieben. Bei der zweiten Abstimmung, bei der Stichwahl zwischen Villa und seinem Gegenkandidaten Costa, stieg die Zahl der Abstimmenden auf 308, gleichzeitig aber auch die Zahl der weißen Zettel auf 142; Villa erhielt nur noch 135 Stimmen. Formell war Villa, der Kandidat der Regierung, gewählt; diese selbst indeß erkannte in der Abgabe der weißen Stimmzettel eine Niederlage und fühlte sich verpflichtet, die Konsequenz des Rücktritts zu ziehen. Auch Villa lehnte die Annahme der Wiederwahl zum Präsidenten ab und gab formell seine Demission.

Ein zwingender Grund, aus dem Ausgange der Präsidentenwahl die Nothwendigkeit des Rücktrittes des Kabinets zu folgern, lag nicht vor. Es ist eine Uebertreibung des parlamentarischen Regierungsprinzips, wenn 142 leeren Stimmzetteln, die nicht einmal die Mehrheit der bei der Präsidentenwahl abgegebenen Stimmen bildeten, die Bedeutung einer Willenskundgebung der parlamentarischen Mehrheit, die die weißen Zettel ja gar nicht repräsentirten, beigemessen wird. Gewiß ist der Präsident der Volksvertretung in einem parlamentarisch regierten Staate als Vertreter der Regierungsmehrheit zugleich der Vertrauensmann der Regierung selber; aber deshalb braucht noch nicht unter allen Umständen eine erfolgreiche Demonstration, die sich zunächst nur gegen den Kammerpräsidenten richtet, die Wirkung einer Kabinetskrisis zu haben. In Wirklichkeit scheint mit der Abgabe der weißen Stimmzettel ursprünglich die Absicht, der Regierung ein Mißtrauensvotum zu ertheilen, keineswegs verbunden gewesen zu sein. Es wird berichtet, daß diejenigen Mitglieder der bisherigen Regierungsmehrheit, die sich die Demonstration mit den leeren Stimmzetteln geleistet haben, die Minister beim Betreten des Sitzungssaales, also vor der Abstimmung, mit lautem Beifall begrüßt haben. Daß die Opposition, die sich bei der Präsidentenwahl gegen den Kandidaten Villa formirte, nicht identisch ist mit der Opposition gegen die Regierung, beweist ferner die Thatsache, daß nicht blos über den Ausgang der Präsidentenwahl, sondern noch weit mehr über deren Effekt, über den daraus gefolgerten Rücktritt des Kabinets, in der Kammer und besonders auch in den Reihen der Opponenten selber eine große Verblüffung herrschte. Offenbar haben Diejenigen, die ihre Stimmzettel unbeschrieben ließen, nicht daran gedacht, daß ihr Manöver eine solche politische Tragweite haben könnte, und es überraschte allgemein, daß Zanardelli nach der Stichwahl und nach der Erklärung, daß Villa zum Präsidenten gewählt sei, aufsprang und eine Erklärung abgab, die mit Sicherheit auf den Rücktritt des Kabinets schließen ließ. Ein Theil der Opposition gegen die Wiederwahl Villa's mag vielleicht mit der bisherigen Politik der Zanardelli und Giolitti nicht einverstanden sein; aber als ausgeschlossen gilt es, daß die Opposition in ihrer überwiegenden Mehrheit den Zweck verfolgt hat, durch die leeren Zettel einen unzweideutigen Beweis ihrer Unzufriedenheit mit der Regierung zu geben, vielmehr wird ausdrücklich berichtet, daß ein sehr bedeutender Theil der weißen Zettel nur der Ausdruck der persönlichen Antipathie gegen den früheren Kammerpräsidenten Villa ist und mit der Politik gar nichts oder wenig zu thun hat. Eine definitive Lösung der Ministerkrisis ist zur Stunde noch nicht erfolgt; nach den vorliegenden Meldungen scheint sich der Träger der Krone nicht überzeugen zu können, daß um des Verlaufes der Präsidentenwahl willen eine Neubildung des Kabinets unerläßlich, und aus den weißen Zetteln irgend ein Hinweis auf diejenigen Männer zu entnehmen sei, die berufen sein könnten, die Regierung anzutreten, mit der Gewißheit, eine parlamentarische Mehrheit hinter sich zu haben. Somit hat es den Anschein, daß das Ministerium Zanardelli-Giolitti seine Funktionen wieder übernimmt und sich der Kammer nochmals präsentirt, um alsdann wirklich die Vertrauensfrage zu stellen und durch eine namentliche Abstimmung erst die endgültige Entscheidung über sein weiteres Schicksal herbeizuführen.

Ob das Kabinet Zanardelli zur Zeit noch auf eine geschlossene Mehrheit im Palast von Montecitorio zu rechnen hat, steht allerdings dahin. Es wird behauptet, daß einerseits der angekündigte Ehescheidungsgesetzentwurf, andererseits die extrem demokratische, stark dem Sozialismus willfahrende Regierungspolitik die Mehrheit fraglich mache. Entspricht die Opposition gegen den Entwurf, der die gesetzliche Ehescheidung einführen oder, wie es in der Thronrede umschrieben wird, „das ideale Prinzip der Unauflösbarkeit der Civilehe einschränken" soll, wirklich den Thatsachen, so wäre das ein sehr charakteristischer Beweis, daß der Klerikalismus noch immer in Italien einen mächtigen Einfluß ausübt, dem sich trotz der fortgesetzt feindseligen Haltung des Vatikans zum italienischen Einheitsstaat selbst ein Theil der Volksvertretung nicht zu entziehen vermag. Sehr begreiflich müßte es dagegen erscheinen, wenn die Unzufriedenheit mit der dem revolutionären Sozialismus zuneigenden Tendenz der Zanardelli-Giolitti'schen Politik erhebliche Fortschritte macht. Der Versuch, mit Hilfe der äußersten Linken zu regieren, die sich als Gegnerin der herrschenden Dynastie bekennt und den Umsturz der bestehenden Ordnung erstrebt, kann jedenfalls als ein Akt staatserhaltender Politik nicht angesehen werden. Welche Folgen aus dem Entgegenkommen, das die Regierung dem radikalen Sozialismus erzeigt, zu gewärtigen sind, ergiebt sich aus dem Wachsen der sozialrevolutionären Propaganda und der beständigen Zunahme der Streikbewegung. Besonders das stets drohende Gespenst eines allgemeinen Ausstandes der Eisenbahnangestellten zeigt die Größe der Gefahr. Es darf gewiß als ein Symptom einer tiefgehenden Verstimmung über die sozialdemokratische Regierungspolitik bewerthet werden, wenn sogar der römische Berichterstatter der demokratischen „Frankf. Ztg." nicht umhin kann, solcher Verstimmung in folgenden Sätzen Ausdruck zu geben: „Die Sozialisten, welche die zielbewußte Kraft in dem Konglomerat aus Schwärmern, Theoretikern, Unzufriedenen, Phrasenrs und Intransigenten bilden, das unter der Firma „Vereinigte Volksparteien" bestand, ließen sich die Unterstützung, die sie dem schwachen Ministerium gaben, durch die weitgehendste Nachsicht seitens der Regierung bezahlen. Mit erstaunlicher Thatkraft gingen sie vor und organisirten sich über das ganze Land. Streik folgte auf Streik, bis zuletzt auch die Beamten der staatlichen Verwaltung und des Eisenbahnpersonals zu meutern begannen. Die besitzende und die in Industrie und Handel arbeitende Unternehmerklasse sah sich plötzlich auf allen Seiten bedroht, die Angst vor unvermeidlicher Revolution ergriff sie, und die Unzufriedenheit wuchs in bedrohlichem Maße." Eine Regierung, die auf die Mitwirkung der Sozialdemokratie rechnet und deren parlamentarische Mehrheit die blutrothe Fahne mit sich führt, hat jeden Anspruch auf Existenzberechtigung verwirkt, und im Interesse des italienischen Königreichs ist zu hoffen, daß die Erkenntniß, daß sich ein Staat, der den revolutionären Sozialismus regierungsfähig machen will, unaufhaltsam der Katastrophe des Umsturzes nähern muß, sobald als möglich zum Sturze des Kabinets Zanardelli-Giolitti beiträgt.

Neueste Drahtmeldungen vom 25. Februar.

Prinz Heinrich in Amerika.

Newyork. Prinz Heinrich und Präsident Roosevelt mit ihrem Gefolge sind in zwei Sonderzügen heute früh von Washington in Jersey-City eingetroffen. Die Ankunft war etwas verzögert worden, weil kurz hinter Baltimore eines unbedeutenden Maschinendefekts wegen ein Maschinenwechsel stattfinden mußte. Kurz nach acht Uhr schifften sich Prinz Heinrich und Präsident Roosevelt nach Shooters-Island ein, wo sie unter Salutschüssen und jubelnden Zurufen um 9 Uhr 50 Minuten eintrafen. Das Wetter war ungünstig, ein feiner, kalter Regen fiel nieder, und der Hafen war mit Nebel bedeckt. Der Stapellauf des „Meteor" ging um 10 Uhr 50 Minuten glatt von Statten. Die schlanke Yacht glitt leicht und glatt zu Wasser.

London. (Priv.-Tel.) Die „Exchange Telegraphen-Kompany" veröffentlicht ein Telegramm aus Washington, wonach, als der Landauer des Prinzen Heinrich in der Pennsylvania-Avenue um eine Ecke bog, ein anderer Landauer, der von der entgegengesetzten Seite kam, ihn anfuhr. Die Deichsel des Wagens ging in den prinzlichen Wagen und verursachte nicht unerhebliche Verletzungen des den Prinzen Heinrich begleitenden Staatssekretärs Hay, der auch Verletzungen durch Glassplitter erlitt. Prinz Heinrich blieb unverletzt.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der Nachmittagssitzung der Zolltarifkommission des Reichstags trat Abg. v. Komierowski (Pole) für den Kompromißantrag ein, obwohl er weder mit der Höhe der Sätze, noch mit der Struktur des Antrags vollständig einverstanden sei. Abg. Fischbeck (freis. Volksp.) wünscht Auskunft, ob sich die ablehnende Stellung der Regierung auf jeden einzelnen Tarifsatz des Kompromißantrags oder nur auf diesen im Ganzen beziehe. Abg. Gäbel (Ref.) sprach sich als praktischer sächsischer Landwirth für den Kompromißantrag aus, ist aber eventuell geneigt, sich auf die Regierungsvorlage zurückzuziehen. Er hoffe, daß die Regierung entgegenkommen werde und daß so doch noch etwas zu Stande komme. Staatssekretär Frhr. v. Thielmann erklärt, an Stelle des Nachmittags an der Theilnahme verhinderten Grafen Posadowsky, daß die Regierungen sowohl im Ganzen als im Einzelnen die Sätze der Regierungsvorlage als die äußerste Grenze ansehen, bis zu der sie gehen können. Abg. v. Kardorff (Reichsp.) legte die Nothwendigkeit dar, in Bezug auf die Tarife noch in diesen Sessionen ein Reichsgesetz zu schaffen, das verhindere, daß deutsches Getreide auf deutschen Bahnen theurer befördert werde als ausländisches. In Bezug auf die Stellung der Regierung hofft Redner ebenfalls, daß deren Erklärung nicht definitiv sei. Abg. Sieg (nat.-lib.) sieht als praktischer Landwirth des Ostens den größten Schaden für die dortige Landwirthschaft in der Aufhebung der Staffeltarife und erwartet von der Erhöhung der Zölle keine Preissteigerung, sondern im günstigsten Falle nur die Herbeiführung des Beharrungszustandes. Heute fürchte die Landwirthschaft immer noch einen weiteren Rückgang. Eine Erhöhung des Bodenpreises von der Erhöhung der Zölle anzunehmen sei irrig; höhere Gutspreise zahlten nur die Söhne von Berliner Bankiers, die dabei das überflüssige Geld ihrer Väter loswerden. Von der Regierung hoffe er, daß ihr letztes Wort noch nicht gesprochen sei und daß sie nachgeben werde, wenn sie sich einer geschlossenen Mehrheit gegenüber sehe. Weiterberathung morgen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus setzte die Berathung des Etats des Innern fort. Abg. v. Gleboni (Pole) stimmt den Ausführungen Barth's über die Behandlung der dänischen Bevölkerung in Nordschleswig zu und beschwerte sich seinerseits über die Behandlung der Polen. Namentlich errege die behördliche Ausrottung der polnischen Orts- und Familiennamen Unwillen. Die in der zweiten Generation bereits ihren polnischen Namen führten, würden gezwungen, sich mit den deutschen Namen zu nennen. Bei Auflösung von Volksversammlungen werde ungesetzlich verfahren, so würden besonders häufig Versammlungen wegen Gebrauchs der polnischen Sprache verboten. Wie vertrage sich das mit der Versicherung des Grafen v. Bülow, „es dürfe in Preußen Jeder reden, wie ihm der Schnabel gewachsen ist". Mit der geschäftlichen Boykottirung hätten nicht die Polen, sondern die Deutschen begonnen. — Minister Freiherr v. Hammerstein: Die von dem Vorredner gebrauchten Schlagwörter, wie „Ungerechtigkeit", unerhörte „Gewaltthat", „Rechtsbruch" seien nicht neu; habe man doch im Reichstage von einer „preußischen Pest" gesprochen. Alle diese Reden bezweckten nur Verhetzung und Erregung von Unzufriedenheit. Selbst die Religion werde von den Polen zum Deckmantel politischen Bestrebens benutzt. Auch der erste Napoleon, der ein großes Interesse an einem selbstständigen Polen hatte, konnte sich nach der genaueren persönlichen Kenntniß, die er sich von den Polen und auch von den Polinnen verschafft hatte, (stürmische Unruhe und Zurufe bei den Polen) — da lesen Sie nur die Schilderungen seiner Beziehungen zur Gräfin Potocka! — nicht zur Wiederherstellung Polens entschließen. Was damals nicht möglich gewesen, sei es auch heute nach weiteren hundert Jahren preußischer Kulturarbeit. In Westpreußen, Posen und Schlesien, überall sei die polnische Agitation thätig mit dem offen ausgesprochenen Ziele der Losreißung preußischer Landestheile. Aber die preußische Regierung sei fest entschlossen, dafür zu sorgen, daß in den polnischen Landestheilen die Früchte deutscher Kultur, Gesittung und Ordnung erhalten bleiben und weiter gedeihen. (Beifall rechts.) — Abg. Graf Limburg (kons.) betonte gleichfalls die Nothwendigkeit einer energischen Bekämpfung dieser Agitation, da anderenfalls großes Unglück und Blutvergießen die Folgen sein müßten. — Auf bezügliche Beschwerden des Abg. Szmula (Centr.) wurde regierungsseitig erwidert, daß eine Ausdehnung der Frist für Zulassung ausländischer Landarbeiter aus politischen Gründen nicht angängig sei. Auf einen bezüglichen Wunsch des Abg. Dr. Arends (freikons.) wurde vom Regierungstische aus erklärt, daß der Minister Alles gethan habe, um den Veteranen Unterstützung zu sichern.

Berlin. (Priv.-Tel.) In parlamentarischen Kreisen will man aus mancherlei Symptomen schließen, daß eine Verständigung zwischen der Regierung und der Rechten hinsichtlich der Getreidezölle im Gange sei, die kurz vor dem Abschluß stehe. — Die Budgetkommission des Reichstages erledigte den Etat der (elsaß-lothringischen) Reichseisenbahnen. Für die von einigen Seiten gewünschte Einführung der Kilometerhefte wurde von der Regierung ein Bedürfniß nicht anerkannt. — Die Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses für den Gesetzentwurf gegen die Verunstaltung landschaftlich hervorragender Gegenden hat diesem folgende Fassung gegeben: Die Landespolizeibehörden sind befugt, zur Verhinderung der Verunstaltung landschaftlich hervorragender Gegenden, Reklameschilder und sonstige Aufschriften und Abbildungen, welche das Landschaftsbild verunzieren, außerhalb der geschlossenen Ortschaften durch Polizeiverordnung zu verbieten. — Wie verlautet, wird die Konvertirung der 1899 ausgegebenen 175 Millionen Franks rumänischer Schatzbons unter deutscher Mitwirkung vorbereitet. In Verbindung damit werden außer dem für die Schatzbons ausgegebenen Betrage 85 Millionen Franks Rente begeben werden. Die Schatzbons sind 1904 fällig. — In Londoner Finanzkreisen war heute das unkontrolirbare Gerücht verbreitet, daß General Botha und Lord Milner in Südafrika eine Zusammenkunft zur Erörterung der Frage des Friedensschlusses hätten. Die Bestätigung dieser Meldung bleibt natürlich abzuwarten.

Bromberg. Der Gemeindevorsteher von Ojasonowo bei Labischin, Albert Ormina, der der Beleidigung des deutschen Lehrers Kühn angeklagt war, weil er in einer an die Regierung gerichteten Beschwerdeschrift behauptet hatte, daß der Lehrer Kühn die Schulkinder mißhandle, wurde heute von der Strafkammer des hiesigen Landgerichts freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängniß beantragt.

Triest. (Priv.-Tel.) Der Eilzug, mit welchem der Erzherzog Karl Stephan Nachts nach Wien reiste, entging mit knapper Noth einer großen Gefahr. Ein Bahnwärter merkte kurz vor Herannahen des Zuges, unweit der Station St. Peter, daß eine Schiene äußerst schadhaft war. Der Zug konnte durch Lärmschüsse noch rechtzeitig zum Stehen gebracht werden.

Paris. Die Deputirtenkammer verhandelte in ihrer Vormittagssitzung über das Budget des Kriegsministeriums. Berry regt die Schaffung einer Medaille für die Kämpfer von 1870/71 an und beantragt, um dieser Anregung weiteren Ausdruck zu geben, eine Erhöhung des Budgets von 1000 Francs. Kriegsminister General André widerspricht dem Antrage, der mit 370 gegen 111 Stimmen abgelehnt wird. Fachard wünscht die Schaffung einer Medaille für die Ueberlebenden der Belagerung von Belfort und beantragt deshalb eine Erhöhung des Budgets um 500 Franks. General André stimmt dem Antrage zu, welcher angenommen wird. Raiberti beklagt sich über die geplante Neuorganisation des Generalstabes und die zu weitgehenden Machtbefugnisse, welche dem Kriegsminister gewährt worden seien. Hierauf werden die zwölf ersten Kapitel des Budgets angenommen.

Madrid. (Priv.-Tel.) Etwa die Hälfte der Ausständigen in Barcelona ist zur Arbeit zurückgekehrt. Die Fabriken werden militärisch bewacht. In Kartagena hat die Arbeiterschaft, um ihre Solidarität mit den Feiernden darzuthun, einen allgemeinen Ausstand in Szene gesetzt.

SLUB
Wir führen Wissen.